



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XVI/186 - 19. August 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>"Staatsgeheimnis" Embargo</u> Mann soll trotzdem darüber reden	41
2	<u>Nähert sich Tunesien den "Blockfreier"?</u> Tito erhält wahrscheinlich Verstärkung Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	43
3	<u>Es gibt 73 Millionen-Städte</u> 38 davon sind in Asien Von Bruno Kuster, Genf	49
4	<u>Bald Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein</u> Chancengleichheit der Rathesparteien soll hergestellt werden	45
5	<u>Späte Erkenntnis - aber ohne Konsequenz</u> Pfarrer Werner und die DPU	27

+ + +

### "Staatsgeheimnis" Embargo

Man soll trotzdem darüber reden.

sp - Schon in den ersten Stunden nach der gewaltsamen Abriegelung Ostberlins vom freien Teil der deutschen Hauptstadt wurde nicht nur in der westberliner Bevölkerung die Frage erörtert, ob der sofortige Abbruch des Interzonenhandels eine Massnahme sein könnte, die Ulbricht und Chruschtschow zum Einlenken zwingt. Man diskutiert nicht mehr hierüber, da nicht bezweifelt wird, dass der Abbruch des Interzonenhandels nur dann einen Sinn haben könnte, wenn er verbunden wird mit der Unterbrechung des Osthandels aller westlichen Staaten.

Der derzeitige Bundeskanzler plauderte zwar noch munter am Montagabend dieser dramatischen Woche in einer Wahlversammlung vom "Embargo", musste sich aber schon am nächsten Tage vom FDP-Vorsitzenden Mende fragen lassen, was er - Adenauer - denn für ein Staatsmann sei, der noch Tage zuvor beabsichtigte Wirtschaftsmassnahmen gegen den Ostblock als "Staatsgeheimnis" bezeichnet hatte, wenige Stunden darauf jedoch öffentlich darüber redete. Freunde Adenauers versuchten diese Entgleisung des alten Herrn damit zu entschuldigen, er habe wohl nicht genau gewusst, welche Bedeutung dem Fremdwort "Embargo" zukomme...

Aber unabhängig von diesem mehr amüsanten Zwischenspiel bleibt das ernste Thema selbst auf der Tagesordnung. Der Interzonenhandel geht also weiter, und die Schiffe Ulbrichts werden nach wie vor versuchen, westdeutsche Lieferfirmen gegeneinander auszuspielen. Die sogenannte DDR wickelt nämlich den Interzonenhandel über eine Zentralstelle ab, während die freie Wirtschaft in der Bundesrepublik ihre Vertreter, entsprechend dem geheiligten Konkurrenzprinzip, einzeln verschicken kann, um das günstigste Lieferangebot herauszuhandeln.

Ausserordentliche Zeiten erfordern ausserordentliche Massnahmen. Wäre nicht zu überlegen, dass sich die am Interzonenhandel beteiligten Firmen der Bundesrepublik nun ihrerseits eine Zentralstelle schaffen, die dafür sorgt, dass man sich in Westen Deutschlands nicht gegenseitig die Butter vom Brot nimmt und zur Freude der Zonennachhaber vielleicht auch noch bei diesen antichambriert, um den grössten Brocken herauszuholen? Es gibt zwar einen "Zentralen Ostausschuss der deutschen Wirtschaft", aber dessen Funktionsfähigkeit leidet unter den Konkurrenzinteressen der Anbieterfirmen.

Die Sichtung der Angebote könnte nach wie vor im westlichen Raum nach dem freien Spiel der Kräfte vor sich gehen. Nur würde man nach Schaffung einer westlichen Leitstelle den Machthabern der Zone weniger Möglichkeiten zum "Spielen" mit dem Geschäft bieten. Wie es heisst, fängt Pankow nämlich schon an, "Vorzugspreise" für diejenigen Firmen zu gewähren, die nach wie vor ihren Wunsch zum Besuch der Leipziger Messe bekunden.

19. August 1961

### Nähert sich Tunesien den "Blockfreien"?

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Seit der Biserta-Krise fehlt es nicht an Stimmen in der westlichen Presse, die bestimmte, im Lichte der bisherigen prowestlichen tunesischen Politik recht unerwartete Schwachzüge Bourgibas als ein Einschwenken auf eine proöstliche Linie werten. Nicht zuletzt dürften solche Interpretationen die als Mission des Guten Willens gekennzeichnete Reise des tunesischen Aussenministers Dr. Sadek Mokkadem nach Moskau, Warschau und Prag gestützt haben. Die letzte Station dieses Unternehmens, Belgrad, und einige andere Umstände deuten jedoch eher an, dass Tunesien dabei ist, sich stärker an die blockfreien Staaten anzunähern.

Ob dieses Streben jedoch bereits sichtbar-repräsentativen Ausdruck in der Teilnahme Tunesiens an der am 1. September in Belgrad beginnenden "Gipfelkonferenz der Neutralen" haben wird, bleibt vorerst noch abzuwarten. Wie der tunesische Aussenminister in Belgrad versicherte, wird Tunesien eine diesbezügliche Einladung annehmen, falls sie von den bereits feststehenden Konferenzteilnehmern erteilt.

Tatsächlich sind die Vorbereitungen bereits in vollen Gange. Tunesien noch nachträglich zu der Belgrader Konferenz einzuladen. Diesmal sind die Aussichten sogar bedeutend besser, dass Tunesiens Teilnahme nicht abgelehnt wird, wie es bereits im Juni bei der die "Gipfelkonferenz der Neutralen" vorbereitenden Aussenministerkonferenz in Kairo geschehen ist. Ist doch das bedeutendste Hindernis von einem kämpferischen Hauch arabischer Solidarität über Nacht hinweggefegt: die ägyptisch-tunesische Vorstimmung, die ein gemeinsames Auftreten Nassers und Bourgibas in Belgrad unmöglich machte.

Gleichviel, ob Tunesiens politische Kursänderung noch sichtbaren Konferenzausdruck findet oder nicht mehr verwirklicht werden kann, dürften die Belgrader Ausführungen des tunesischen Aussenministers keinen Zweifel an dieser Tatsache selbst lassen. Liess doch Sadek Mokkadem wissen, dass Direktkontakte zwischen Tunis und Paris nur über die technischen Modalitäten der Räumung des tunesischen Territoriums durch die französischen Truppen möglich seien und keinesfalls über die Räumung selbst. Auch gab er deutlich zu verstehen, dass seine Regierung über die künftige Grenzziehung in der Sahara nur mit einer algerischen Regierung zu verhandeln gewillt sei.

Der tunesische Aussenminister verbarg nicht, dass Tunesien sich mit allen Mitteln für die volle Souveränität auf seinem ganzen Territorium einsetzen werde. War auch in diesem Zusammenhang wieder von Freiwilligen die Rede, dürfte Tunesien doch wohl zuallererst an den zahlreichen Stimmen der blockfreien Staatengruppe für erfolgreiche UNO-Aktionen gelegen sein. Um sich diese stärker zu sichern, wird sich ein tunesisches Entgegenkommen dieser Staatengruppierung kaum umgehen lassen. Vorausgesetzt, die bisherige prowestliche Haltung Bourgibas ist den Western doch nicht so viel wert, dass er Paris zu einer prinzipiellen Änderung seiner Tunesienpolitik bewegen will und kann.

+ + +

## Es gibt 73 Millionen-Städte

38 davon sind in Asien

Von Bruno Kuster - Genf

Nach den neuesten Angaben des "Demographischen Jahrbuches" der Vereinten Nationen gibt es in der Welt 73 Städte mit über einer Million Einwohnern. Von diesen haben 24 die Millionengrenze erst im Verlaufe des letzten Jahrzehnts überschritten. Die zehn grössten Städte (ohne Vororte) sind Tokio (8 300 000), New York (7 800 000), Schanghai, Moskau, Bombay, Peking, Buenos Aires, Sao Paulo, Chicago und London. Eine etwas andere Reihenfolge ergibt sich, wenn die Vorstädte mitberücksichtigt werden (Tokio, New York, London, Los Angeles, Chicago, Kalkutta, Paris, Philadelphia, Detroit, Kairo).

### Zug zur Großstadt

38 Millionenstädte liegen in Asien, 17 in Europa, sieben in Nordamerika, sechs in Südamerika, drei in Afrika und zwei in der UdSSR. Beinahe alle hatten in den letzten Jahren eine weitere Bevölkerungszunahme zu verzeichnen. In den wenigen Fällen, wo eine Abnahme eingetreten ist, ist diese Erscheinung lediglich darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung bestrebt ist, die Wohnsitze in die Vororte zu verlegen.

Viel deutlicher und auch beängstigender tritt der Drang zur Verstädterung in Erscheinung, wenn auch die kleineren Städte berücksichtigt werden. Etwas mehr als sechzehn Prozent der Weltbevölkerung leben in Städten mit über 100 000 Einwohnern. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Ozeaniens (Australien, Neuseeland) lebt in solchen Siedlungen, während in Nordamerika, Südamerika, Europa und der UdSSR rund ein Viertel der Bevölkerung in Städten dieser Grössenordnung wohnt. - In Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern leben 30 Prozent der Weltbevölkerung, nämlich 60 Prozent in Ozeanien, 37 in Nordamerika, Europa und der UdSSR, 30 Prozent in Südamerika, 21 Prozent in Asien und 19 Prozent in Afrika.

In neun Zehnteln der 138 Länder und Gebiete, über die vergleichbare Zahlen vorliegen, hat die Verstädterung in den vergangenen vier Jahrzehnten grosse Fortschritte gemacht. In 29 Ländern lebt über die Hälfte der Bevölkerung in städtischen Siedlungen, in 62 Staaten und Gebieten 25 bis 49 Prozent, in 26 zwischen 10 und 24 Prozent und in zwölf unter zehn Prozent. Der Anteil der Städter an der Gesamtbevölkerung ist in England, Wales, Schottland und Australien - was überraschen mag - am grössten. Betrachtet man das Verhältnis der Stadt- zur Landbevölkerung nach Kontinenten, ergibt sich das gleiche Bild mit 72 Prozent in Nordamerika, mit 53 Prozent in Europa, 48 Prozent in der Sowjetunion, 43 Prozent in Südamerika, 21 Prozent in Afrika und 19 Prozent in Asien.

### Frauenüberschuss

Interessant ist ferner, dass in zwei Drittel der statistisch erfassten Gebiete in den städtischen Siedlungen ein Frauenüberschuss festzustellen ist. In Nord- und Südamerika wie in den meisten europäischen Ländern machen die Frauen den grösseren Teil der als "städtisch" klassierten Bevölkerung aus. Das bedeutet wohl nichts anderes, als dass die Bauerntöchter in noch grösserem Ausmass die Dörfer verlassen als die jungen Männer, um in den Städten eine Arbeit zu finden, die ihnen besser zusagt.

Nach dem "Demographischen Jahrbuch" wird die Verstädterung in den kommenden Jahren etwa im gleichen Rhythmus weitergehen und es ist sicher nicht zu früh, ein wenig über die Konsequenzen dieser Umwälzung, welche die ganze Welt erfasst hat, nachzudenken. + + +

### Bald Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

sp - Schon sechs Monate nach der Bundestagswahl am 17. September wird in Schleswig-Holstein eine weitere Wahl stattfinden. Es wird sich um eine Kommunalwahl handeln, die vorverlegt werden muss, weil das Bundesverfassungsgericht das Gemeinde- und Kreiswahlrecht, nach dem am 25. Oktober 1959 gewählt worden war, beanstandet hat, soweit es die Chancengleichheit der Rathausparteien betrifft.

Die beiden grossen politischen Parteien im Kieler Landtag CDU und SPD, die über 59 der 69 Mandate verfügen, haben sich für einen Kommunalwahltermin Anfang März 1962 ausgesprochen. Bereits am 25. September soll im Parlament an der Förde in erster Lesung über das neue Kommunalwahlrecht beraten werden. Dabei ist man sich bei den grossen Parteien heute schon darüber im Klaren, dass gewisse Rechte für Wählergruppen und Rathausparteien für diese durchaus keinen Auftrieb bedeuten werden.

Ob mit oder ohne gesetzliche Zusicherungen; der Trend der Wähler wendet sich von den undurchsichtigen Zusammenschlüssen für Rathäuser oder Gemeindeparlament ab. Er wendet sich immer stärker den politischen Parteien zu, wie sich in einigen Bundesländern zeigte, wo die Chancengleichheit für Rathausparteien wiederhergestellt wurde, aber dennoch der Trend zu den grossen Parteien anhält.

In Schleswig-Holstein haben auch die Besprechungen begonnen, ob man nicht auch am 25. September im Landtag in Kiel schon über eine Vorverlegung der Landtagswahlen beraten soll, dessen Legislaturperiode erst im Spätherbst 1961 endet. Es ist noch offen, ob es zwischen CDU und SPD zu einer Einigung über den Vorschlag kommt, Anfang März 1962 am gleichen Tag Kommunal- und Landtagswahl stattfinden zu lassen. Die Verfassungsjuristen der Parteien und der Regierung müssen noch prüfen, ob der Ministerpräsident das Parlament nach dem Artikel 31 der Landesatzung zu seiner Auflösung auffordern kann.

Die Frage ist, ob der Landtag auf Antrag seine Legislaturperiode beenden darf, ohne dass ein besonderer Konfliktfall vorliegt. Auf alle Fälle ist die Regierung bei den vorverlegten Landtagswahlen auf die Zustimmung der Opposition angewiesen, denn sie hat bereits erklärt, dass eine Landtagsauflösung mit nur einfacher Mehrheit, also nur 35 von 69 Abgeordneten, undenkbar ist.

Wie dem auch sei, die Sozialdemokraten im Norden befinden sich in Schleswig-Holstein seit 1950 ununterbrochen in der Aufstiegtendenz. Am 9. Juli 1950 erhielten sie 27,5 aber am 28. September 1958 bereits 35,9 Prozent der abgegebenen Stimmen für das Landesparlament. Bei den Kommunalwahlen ist der Trend nach oben noch eindrucksvoller. Am 29. April 1951 erhielten die Sozialdemokraten 29,9 Prozent der abgegebenen Stimmen und bei der letzten Kommunalwahl im Oktober 1959 waren es schon 36,8 Prozent.

Es geht im Norden jetzt nicht mehr darum, die von der CDU seit vielen Jahren angestrebte absolute Mehrheit in Landtag und Kommunen zu verhindern. Die Sozialdemokraten sind auf dem besten Wege, überall in die Verantwortung von Regierung und Kommunalparlament einzurücken.

Späte Erkenntnis - aber ohne Konsequenz

Pfarrer Werner und die DFU

sp - In Bremen und Süd-Hessen haben die Bundestagskandidaten der DFU nach den jüngsten Ereignissen im Machtbereich Ulbrichts erkannt, dass sie im "falschen Verein" waren. Sie verzichteten auf ihre Kandidatur im Wurmfortsatz der SED und erklärten öffentlich, mit der DFU nichts mehr zu tun haben zu wollen.

Nun scheint es auch in Rheinland-Pfalz zu dämmern; aber nur halb. Der rheinland-pfälzische Spitzenkandidat auf der Landesliste der DFU, Pfarrer Heinrich Werner in Kaiserslautern, erklärte jetzt, die sogenannte DDR-Regierung und der gesamte Ostblock hätten entgegen ihren früheren Beteuerungen und Bekenntnissen zur Entspannung und Verständigung die Krise in Berlin verschärft. Der Flüchtlingsstrom habe gezeigt, dass es in dem "ersten sozialistischen Staat in Deutschland nicht sehr sozialistisch zugeht." \* Pfarrer Werner verurteilte auch die "chinesische Mauer", die jetzt quer durch Berlin geht.

So weit, so gut. Der Herr Pfarrer wird uns sicher nicht übelnehmen, wenn wir seiner Verurteilung der "chinesischen Mauer" noch ein Wort hinzufügen. **W e n n** er nämlich jetzt endlich erkennt, dass die sogenannte DDR-Regierung und der gesamte Ostblock die Krise in Berlin verschärft haben, dann wäre es nur logisch, nunmehr der DFU den Rücken zu kehren.

Die DFU wurde eigens zu dem Zweck gegründet, die "Politik" Ulbrichts in der Bundesrepublik zu unterstützen. Die DFU ist eine Splittergruppe; die für sie abgegebenen Stimmen - und wenn es noch so wenige sind - kämen also praktisch der Firma Ulbricht zugute.

Es wäre daher nur der Ausdruck einer konsequenten Haltung, wenn sich Herr Pfarrer Heinrich Werner dem Schritt seiner früheren Mitkandidaten in Bremen und Süd-Hessen anschliessen würde.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel